

Zur Kriegsmetapher in der Corona-Krise

Malte Pasler

Einleitung

Als Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am 16. März 2020 angesichts der raschen Ausbreitung von Infektionen mit dem Corona-Virus den Bürger*innen seines Landes in einer Ansprache den Beginn einer Ausgangssperre für den nächsten Tag sowie weitere außerordentliche Maßnahmen gegen die Pandemie ankündigte, wiederholte er eine Formulierung gleich mehrmals: *Wir sind im Krieg*.¹ Von Innenminister Castaner war zu vernehmen: „Dieser Krieg muss alle französischen Bürger mobilisieren. In diesem Krieg trägt jeder Verantwortung“ (zit. nach Sandberg 2020a). An den darauf folgenden Tagen hörte man eine Reihe ähnlicher Ansprachen aus anderen Staaten. Der Premierminister des Vereinigten Königreichs Boris Johnson bezeichnete das Virus als Feind und die eigene Regierung als „wartime government“ (zit. nach Rawlinson 2020), während US-Präsident Donald Trump die sich entfaltende Pandemie einen Krieg nannte und sich selbst damit von nun an als „Präsident in Kriegszeiten“ titulierte (zit. nach Brand 2020). Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel wählte zwar keine derart direkten Formulierungen, doch evozierte sie mittels eines einprägsamen Satzes den Zweiten Weltkrieg als Vergleichsfolie für die Corona-Krise: „Seit der deutschen Einheit, nein, seit dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ankommt“ (Bundesregierung 2020: 01:25).

Dies sind nur einige wenige Beispiele für die rege Verwendung der Kriegsmetapher in Bezug auf die Corona-Krise. Die Pandemie und die politischen Gegenmaßnahmen mittels eines Begriffsrasters oder -felds fassbar zu machen, das der Sprache des militärischen Konflikts und der Feindschaft entlehnt ist, fand Verbreitung und Verwendung bei Sprecher*innen unterschiedlichster Profession und Couleur. Von einer Beschränkung auf

1 Zum Beispiel in folgendem Satz: „Wir sind im Krieg, wir kämpfen nicht gegen eine Armee, nicht gegen eine andere Nation, aber wir sind im Krieg“ (zit. nach Sandberg 2020a).

Akteur*innen der Politik kann also zwar keine Rede sein. Allerdings rief die Nutzung der Kriegsmetapher in den zitierten Ansprachen im Anschluss einiges an Aufmerksamkeit und ein entsprechendes mediales Echo hervor, was wenig verwunderlich ist, wenn bedacht wird, wer hier auf welchen Bühnen und zu welchen Anlässen gesprochen hatte. Schließlich handelte es sich um die obersten Repräsentant*innen einiger der mächtigsten Staaten und Regierungen der nordatlantischen (westlichen) Welt. Von diesen Positionen aus gesandt, vermögen ihre Botschaften besonders ins Gewicht zu fallen – und mit ihnen auch die Art und Weise wie sie gestaltet und gerahmt sind. Später hielten vor allem Johnson und Trump an ihrer martialischen Rhetorik fest, während Macron von dieser bereits vier Wochen später wieder abgekehrt war (vgl. Sandberg 2020b). Die Auftritte im März geben jedoch genügend Anlass, kritisch reflektiert und untersucht zu werden. So hinterließen sie auch bei mir Irritationen, die den Ursprung dieses Essays ausmachen.

Es ist offensichtlich, dass es sich bei der ‚Bekämpfung‘ des Corona-Virus nicht um einen Krieg handelt. Zwar sind darin vielerorts militärische Kräfte eingebunden, doch findet kein Kampf zwischen ihnen statt. Die konkret getroffenen staatlichen Maßnahmen und Politiken zielen allenthalben auf eine Einhegung der Pandemie sowie auf ein Abfedern der dadurch verursachten ökonomischen Schäden ab. Die politischen Entscheidungen können dabei auch die Form von Abwägungsprozessen annehmen, zum Beispiel zwischen einem vermehrten Schutz der Bevölkerung vor der Seuche und größeren Belastungen für die Wirtschaft. Es geht jedoch nicht darum, einen anderen Staat (oder einen ähnlichen Akteur) zur Durchsetzung der eigenen (politischen) Ziele und Interessen militärisch zu besiegen. Wenn nun die genannten Regierungen die Rede vom Krieg bei der Verkündung ihrer Maßnahmen gegen die Corona-Krise herangezogen haben, kann es dabei also kaum um eine schlichte Gleichsetzung gegangen sein. Es bleibt die Verwendung als Metapher oder Vergleich, bei der aber der Bezugspunkt nicht ganz eindeutig zu bestimmen ist: gemeint sein können sowohl die Seuchenbekämpfung an sich als auch die Corona-Krise in ihrer Gesamtheit (mit zusätzlich all den umfangreichen Maßnahmen, die den unmittelbaren Zweck der Eindämmung des Virus flankieren). Doch warum greifen Regierungen überhaupt auf die Kriegsmetapher zurück, um ihre Maßnahmen in der Corona-Pandemie zu illustrieren? Oder genauer, warum scheint sie als sprachliches Mittel so nahezuliegen und inwiefern ist sie in der Corona-Krise von Nutzen?

Schließlich stellt sich auch die Frage, welche Auswirkungen es auf den Umgang mit der Pandemie haben kann, wenn diese von Regierungen (zumaal von den oben beispielhaft genannten) als Krieg vorgestellt und *wie ein*

Krieg angegangen wird. Spätestens an diesem Punkt tritt ein weiterer gewichtiger Aspekt hinzu. Die infrage stehenden Staaten bzw. ihre Regierungen treten im internationalen System nicht unbedingt als friedliche Akteure in Erscheinung. Die Ausrufung des ‚Kriegs‘ gegen die Corona-Pandemie ist inmitten eines anderen fortdauernden (metaphorischen) Krieges erfolgt – des ‚Kriegs gegen den Terror‘. Dessen nachrichtendienstliche und militärische Operationen bilden seit annähernd zwanzig Jahren eine Konstante in der Außen- und Sicherheitspolitik der meisten NATO-Staaten und somit außerdem einen vertrauten Kontext für die Verwendung von Kriegsrhetorik. Das Verhältnis zu diesem Kontext kann daher bei der Befragung der Kriegsmetapher in Bezug auf die Corona-Krise nicht außer Acht gelassen werden. Der hier folgende *Abschnitt I.* konzentriert sich zunächst jedoch auf den Bezugspunkt der Seuchenbekämpfung an sich und spürt auch den historischen Gründen für die Vorstellung von derselben als Krieg nach. Danach blickt *Abschnitt II.* auf mögliche Resonanzen von Corona-Krise und Terrorismusbekämpfung hinsichtlich derer beiden Auslegung als Krieg. *Abschnitt III.* beleuchtet im Anschluss daran die Funktion der Kriegsmetapher als rhetorisches Mittel zur Legitimation staatlicher Maßnahmen in der Pandemie.

I. Seuchenbekämpfung als Krieg?

Sofern sich die Kriegsmetapher zum einen also auf die unmittelbare Eindämmung der Corona-Pandemie bezieht, steht die Frage im Raum, was es heißt, wenn Seuchenbekämpfung als Krieg gedacht wird. Welche Art von Krieg könnte das Vorgehen gegen die Corona-Pandemie darstellen? Welches Verständnis von Krieg transportiert dagegen die Kriegsmetapher? Diese Fragen betreffen nicht nur die Vorstellung über die Beschaffenheit der Krieg führenden Parteien, sondern auch über den Beginn und das Ende eines Krieges. Für gewöhnlich bezieht ein ‚klassisches‘ Verständnis, wie es auch im Völkerrecht verankert ist, eine formale Erklärung des Krieges, Regulierungen über zulässige militärische Ziele und den Umgang mit Gefangenen sowie die Möglichkeit von Verhandlungen und eines Friedensschlusses mit ein, was wiederum Rückschlüsse auf die Struktur der Feindschaft zulässt. Sie besteht folglich zwischen Parteien, die grundsätzlich zu gegenseitiger Verständigung und Anerkennung in der Lage sind, das heißt es liegt eine gewisse Symmetrie vor. Krieg wird dementsprechend von Nationalstaaten geführt, die sich als Konfliktparteien geschlossen gegenüber stehen. Ein Virus ernsthaft als Feind zu identifizieren, bedeutet dagegen, eine Entität in den Fokus zu rücken, die für den Menschen überhaupt nur

durch den Einsatz sensorischer Hilfsmittel wahrnehmbar ist (vgl. Dinges 2004: 80f., 89). Hier liegt demnach eine maximale Asymmetrie vor, womit sich ein traditionelles Verständnis von Krieg von vornherein als inadäquat herausstellt. Analog dazu ist das einzig denkbare Ende der Feindschaft zum Virus dessen Vernichtung. Ein anderer Ausweg bestünde jedoch darin, die Feindschaft zu übertragen auf seine Träger, also auf infizierte Menschen und deren Körper. Damit drängt sich die Frage auf, ob (und wie) diese Übertragung auf metaphorischer Ebene vorgenommen wird. Werden die Körper bekämpft oder als Infizierte im medizinischen Sinne anerkannt und behandelt, womit sich das ‚Schlachtfeld‘ in die Körper hinein und ins Mikrobielle verlagert?

Die moderne Bakteriologie und Epidemiologie bediente sich seit ihren Anfängen im ausgehenden 19. Jahrhundert im großen Maßstab einer Metaphorik des Krieges (vgl. Dinges 2004: 89; Gradmann 2007). Bakterien und Viren wurden zu Feinden stilisiert, die es auszurotten galt, wobei die menschlichen Wirte und ihre Erkrankungen in den Hintergrund rückten. Hinzu trat ein schon seit der Antike verwurzelter Topos von der Seuche, die von außen durch Fremde in eine Gemeinschaft eingeschleppt wird (vgl. Dinges 2004: 82, 84f.).² Die Wahrnehmung von als fremd markierten Gruppen als für Infektionen besonders anfällige Kollektive – und damit als überaus gefährlich – war darüber hinaus in einer für das späte 19. und frühe 20. Jahrhundert typischen Weise mit Rassismus und Imperialismus verwoben und kulminierte schließlich in der Eugenik und den nationalsozialistischen Völkermorden (vgl. Gradmann 2007; Dinges 2004: 89). Nach dem Ersten Weltkrieg setzte allerdings infolge der Auseinandersetzung mit Meningitis, Hirnhautentzündung und Grippe ein Deutungswandel ein: Krankheitserreger konnten nicht mehr als von außen eingeschleppt, sondern mussten vermehrt als im Innern grassierend aufgefasst werden, womit gleichzeitig die Kriegsmetaphorik in Bedrängnis geriet (vgl. Mendelsohn 2007). Außerdem offenbarte sich die Möglichkeit der Ausrottung von Seuchen in Gänze zunehmend als illusorisch (vgl. Dinges 2004: 91).

Der Topos der Seuche aus der Fremde ist auch im Fall der Corona-Pandemie längst nicht mehr haltbar. Die Infektionsfälle können sich innerhalb nationalstaatlicher Grenzen reproduzieren ohne maßgebliches Zutun von außen. Für die Regierungen bedeutet dies, dass sich, wenn Seuchenbe-

2 Dieser Topos war zu Beginn der Corona-Pandemie wieder sehr präsent, inklusive entsprechend motivierter Übergriffe auf Menschen vermeintlich ostasiatischer Herkunft; und er überdauert in der wiederholt von Trump verbreiteten Brandmarkung als ‚China-Virus‘.

kämpfung ernsthaft als Krieg gedacht wird, in letzter Konsequenz alle Regierten sowie selbst alle Angehörige der Regierung potentiell zu Feinden im Krieg gegen das Corona-Virus entwickeln könnten. Anders gesagt, wenn die Infizierten zu Feinden werden, schlägt die Idee des Kriegs gegen die Seuche um in den Bürgerkrieg und schließlich ins Absurde. Dort, wo eine martialische Rhetorik bemüht wird, schreibt sich insbesondere die Verknüpfung mit Ressentiments und Rassismus fort. So rückte im April 2020 das slowakische Militär bewaffnet und mit schwerem Gerät in Siedlungen von Roma ein, um diese als Quarantäne-Zonen abzuriegeln und die Bewohner*innen kollektiv auf Infektionen zu testen (vgl. Verseck 2020). Eine ohnehin ausgeschlossene Gruppe, bei der im Fall einer Epidemie eine besondere Gefahr der Ansteckung und Verbreitung ausgemacht wird, wird infolgedessen umso stärker stigmatisiert und diskriminiert (vgl. Dinges 2004: 85). Dies ist auch bei Migrierenden an den EU-Außengrenzen der Fall.³

Der kurze Blick auf die Geschichte der modernen Seuchenbekämpfung offenbart die tiefe Verwurzelung der Vorstellung vom Virus als Feind und damit der Seuchenbekämpfung als Krieg. Vermittelt und präsent gehalten wurden diese Denkweisen gerade durch den breiten Rückgriff auf eine einschlägige Metaphorik.⁴ Obwohl seine Verwendung aus diesen Gründen nahe liegen mag, stellt sich das Bild des Krieges insgesamt als überaus unpassend zur Illustrierung der Eindämmung der Corona-Pandemie heraus. Selbst hinsichtlich einer asymmetrischen Konstellation bleibt es letztlich bei einem fehlgeleiteten Vergleich. Sowohl aufgrund der Gegebenheiten der Pandemie als auch einer gewandelten epidemiologischen Sichtweise ist eine derart nachdrückliche Nutzung, wie sie in den eingangs aufgeführten Beispielen anklingt, kaum mehr nachvollziehbar. Des Weiteren schwingen in ihr die historischen Prägungen durch Stigmatisierung, Exklusion und rassistische Vorstellungen mit, welche auch in gegenwärtigen Kontexten reproduziert werden und sogar in Richtung einer Verstärkung bestehender Ausgrenzungen und Unterdrückungsverhältnisse wirken können.

3 Vgl. *Abschnitt III.* des Beitrags von Simon Duncker in diesem Band.

4 Auch in der Alltagssprache sind solche Vorstellungen geradezu allgegenwärtig, wenn beispielsweise die Rede ist von einem ‚Kampf‘ gegen eine (lebensbedrohliche) Krankheit.

II. Corona-Krise und ‚Krieg gegen den Terror‘

Über die eigentliche Seuchenbekämpfung hinaus ist zum anderen die Corona-Krise in ihrer Gesamtheit Bezugspunkt der Kriegsmetaphorik. Diese Gesamtheit beinhaltet die ganze Bandbreite an Aktivitäten der Regierungen im Zusammenhang mit der Pandemie, so auch beispielsweise wirtschaftspolitische Subventionierungen oder Vorgaben an das Bildungssystem zu angepassten Unterrichtsmethoden etc. Aufgrund der öffentlichen Verkündungen erster derartiger Maßnahmenpakete äußerte Macron sein *Wir sind im Krieg*, nannte Johnson seine Regierung *wartime government* und bezeichnete Trump sich selbst als *wartime president*. Dabei hätten sich alle US-Präsidenten seit der Ausrufung des ‚Kriegs gegen den Terror‘ im Jahr 2001 *jederzeit* so bezeichnen können. Bei diesem handelt es sich ebenfalls in keiner Weise um einen Krieg im ‚klassischen‘ Sinn. Allein der Bezeichnung als ‚Krieg gegen den Terror‘ für eine Reihe von Ereignissen, die sich kaum als ein einziger, zusammenhängender Krieg betrachten lassen, wohnt bereits ein metaphorischer Charakter inne. Als (politisches) Schlagwort steht er für das Andauern der nachrichtendienstlichen und militärischen Operationen, die zum großen Teil außerhalb des eigenen Staatsgebiets und vornehmlich gegen terroristische Organisationen und ihre (vorgeliehenen) Mitglieder durchgeführt werden.

Auch 2020 sind nach wie vor Truppen von NATO-Mitgliedern in Afghanistan stationiert, wo sich allerdings der Schwerpunkt seit einiger Zeit von Kampfeinsätzen hin zu Ausbildung und Unterstützung verschoben hat. Ebenso ist die Hochzeit des militärischen Engagements der internationalen Allianz gegen den IS, an dem die hier in den Fokus gestellten Staaten – insbesondere die USA – einen gewichtigen Anteil hatten, zwar vorbei, jedoch sind die diesbezüglichen Kapazitäten im Irak und in Syrien nicht komplett auf null reduziert worden. Mit anderen Worten: Auch wenn momentan keine ‚heiße Phase‘ militärischer Operationen im Komplex des ‚Kriegs gegen den Terror‘ stattfindet, wäre es ein Trugschluss anzunehmen, dass dieser eine Angelegenheit der Vergangenheit wäre oder dass die Corona-Pandemie ihn in einer hypothetischen Chronologie von Krisen ersetzt oder abgelöst hätte. Beide verlaufen parallel, Wechselwirkungen sind nicht ausgeschlossen.

Das zeigt sich gerade am Fall Frankreichs. Die *Opération Barkhane*, mittels derer das französische Militär in Zusammenarbeit mit Streitkräften der Staaten des Operationsgebiets und unterstützt durch europäische Staaten wie Deutschland und Großbritannien in der gesamten Sahelzone westlich des Sudans gegen terroristische Gruppierungen vorgeht, läuft auch im Sommer 2020 unablässig weiter (vgl. Bensimon et al. 2020). Zusätzlich ha-

ben Frankreich und Deutschland Anteil an den UN- und EU-Missionen in Mali. Der ‚Krieg gegen den Terror‘ umfasst damit eine Reihe mit militärischer Gewalt ausgetragener Konflikte, darunter Kriege wie in Afghanistan 2001, in der Mehrzahl jedoch solche, die gemeinhin als asymmetrisch gekennzeichnet werden. Die Asymmetrie zwischen Staaten und terroristischen Gruppierungen mag derjenigen eines hypothetischen Krieges gegen ein Virus nur wenig gleichen, stellt aber dennoch eine strukturelle Entsprechung dar. Auch die Bezeichnung von Terrorist*innen als Feinde ist uns nicht fremd – sogar bis hin zum Gebrauch einer Sprache der absoluten Feindschaft, die ihre Zielobjekte entmenslicht. Insgesamt präsentiert sich hier ein Kontext, in dem die Nutzung von Kriegsrhetorik vertraut erscheint sowie im Hinblick auf die Struktur der besagten gewaltsamen Konflikte als durchaus treffend angesehen werden kann. Vielleicht ließe sich sogar sagen, dass bezüglich des ‚Kriegs gegen den Terror‘ seitens der Regierungen zu wenig die Rede von Krieg bzw. der Vergleich mit ihm bemüht wird. Eine klare Benennung wäre jedenfalls angebracht, um die Tatsache der fortgesetzten militärischen Einsätze präsent zu halten und damit auch stetig der notwendigen Reflexion auszusetzen.

Der Corona-Krise fehlt eine derartige militärische Dimension. Wenn im Zusammenhang mit ihr Streitkräfte eingesetzt werden, dann im heimischen Territorium zur Übernahme polizeilicher Aufgaben oder von Maßnahmen der Seuchenbekämpfung. Das extremste Beispiel hierfür ist sicherlich die Lage in Norditalien während der ersten Monate der Pandemie, als die Armee Kontrollpunkte um Quarantäne-Zonen herum errichtete, Ausgangssperren überwachte und sogar teils den Transport von Leichen versah. Dieses (für europäische Staaten) äußerst ungewöhnliche Maß an unmittelbarer Präsenz des Militärs wurde selbst zum Fanal der Krise. Sollte uns angesichts dessen ein Aufrufen von Vergleichen mit (vergangenen) Kriegszuständen nicht doch wie selbstverständlich vorkommen? Die Maßnahmen der Regierungen zur Bewältigung der Corona-Krise sind auf spezifische Zwecke ausgerichtet und zielen beispielsweise auf die Einhegung von Infektionsfällen, die Abmilderung der direkten ökonomischen Konsequenzen oder einen nicht völligen Ausfall von Schulunterricht. Die Zwecke der Politiken der Terrorismusbekämpfung im ‚Krieg gegen den Terror‘ sind selbstredend anders gelagert. Doch mit Blick auf die Problematik der Kriegsmetaphorik kommt es wohl eher darauf an, wie die angesprochenen Maßnahmen gestaltet, umgesetzt und durchgeführt werden. So erinnert das oben erwähnte Vorgehen des slowakischen Militärs in den Roma-Siedlungen an die Taktik von *search and destroy*-Operationen. Eine zentrale Strategie gegen die Corona-Pandemie besteht ferner darin, das Infektionsgeschehen zu überwachen und nachzuverfolgen, um schließlich Infekti-

onsträger ‚unschädlich‘ machen zu können (in erster Linie durch Quarantäne). Folgt das Aufspüren potentieller Terrorist*innen durch die polizeiliche und nachrichtendienstliche Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung und des öffentlichen Raums im Rahmen des ‚Kriegs gegen den Terror‘ nicht einem ganz ähnlichen Modus Operandi?

Trotz aller gewichtigen Unterschiede lassen sich also hinsichtlich einiger konkreter Politiken und Verfahrensweisen strukturelle Parallelen ziehen zwischen Seuchenbekämpfung und Terrorismusbekämpfung. Tatsächlich greift ein 2005 veröffentlichtes Strategiepapier des staatlich finanzierten *United States Institute of Peace* für den ‚Krieg gegen den Terror‘, das den bezeichnenden Titel *Terrorism as Virus* trägt,⁵ die Metaphorik und Logik der Epidemiologie auf (vgl. Sarasin 2009: 29f.). Ein plausibles Mittel zur Veranschaulichung von Terrorismus scheint sich aus der Virusmetapher jedoch nicht gewinnen zu lassen. Die Terrorismusbekämpfung im Sinne einer epidemiologischen Logik vermag in Vernichtungsfantasien und einer Blaupause für gewaltsamen Kulturimperialismus zu gipfeln (vgl. ebd.: 30). Dennoch weist die Umsetzung dieser Analogie innerhalb einer solchen Publikation darauf hin, dass potentielle Berührungspunkte zwischen (bestimmten) Denkweisen der Terrorismusbekämpfung und der Seuchenbekämpfung bestehen, gerade hinsichtlich einer asymmetrischen Konstruktion von Feindschaft. Wenn die gewaltsamen Konflikte, die mit dem ‚Krieg gegen den Terror‘ verknüpft sind, eine Wirklichkeit von Krieg in der Gegenwart darstellen, so bedingen sie auch – neben einem ‚klassischen‘ Verständnis – den Horizont der Ideen dessen, was Krieg ausmacht, und können in die Vorstellungswelt, die durch Kriegsmetaphorik evoziert wird, mit einfließen.

III. Die Krise im Zeichen der Kriegsmetapher

Indes fiel im März 2020 die Wahl just auf die Kriegsmetapher als Mittel, um die Ankündigungen von Maßnahmen gegen die Corona-Krise zu untermauern. In der Folge wurden diese mit hoher Frequenz in Form von Verordnungen und gesetzlichen Regelungen eingeleitet, inklusive von Eingriffen in das alltägliche Leben durch ‚Lockdowns‘ oder sogar vollwertige Ausgangssperren. Einige Monate später nun ist zu konstatieren, dass die strengsten Maßnahmen im Zuge der Einhegung der Infektionszahlen nach und nach zurückgenommen werden, auch angesichts der sich unmittelbar

5 In gekürzter Fassung erschien der Text außerdem in der *Washington Post*.

oder mittelbar ergebenden ökonomischen Verwüstungen.⁶ Nichtsdestotrotz muss die drastische Rhetorik der Ansprachen dahingehend betrachtet werden, dass sie zum einen den Übergang in der Tätigkeit der Regierungen zu extensiven Gegenmaßnahmen in der frühen Phase der Pandemie signalisierte und zum anderen diesem Übergang (zusätzliche) Legitimation verschaffte.

Die metaphorische Deklaration des Kriegszustands von sozusagen oberster Stelle versinnbildlicht zuvorderst den Eintritt in die Krise. Der Vergleich mit dem Krieg dient gleichsam als Zeichen des Außerordentlichen, der Ausnahme(situation). Dabei stellt Krieg kein völlig unvorhersehbares oder unvorstellbares Phänomen dar, sondern hat wohl oder übel seinen festen Platz im Horizont der Möglichkeiten kollektiven Handelns politischer Gemeinschaften. Handelt es sich bei der Option, Krieg zu führen, um eine prinzipiell bekannte (wenngleich besondere) Ausprägung staatlicher Aktivität, so versichert die Rede vom Krieg ferner die Handlungsfähigkeit, ja sogar Handlungsbereitschaft der Regierungen. Es wird suggeriert, dass einer solch ernsten Lage nur mit entsprechenden außergewöhnlichen Maßnahmen begegnet werden kann. Damit einhergehend wird die grundsätzliche Belastbarkeit der staatlichen Ordnung sowie die Kompetenz der Regierung vermittelt. Tendenziell steckt der Krieg einen Zeitraum ab, der nicht von politischer Entscheidungsfindung in demokratischen Prozessen gekennzeichnet ist, sondern von militärisch-strategischen Überlegungen im Rahmen der Regierungsapparate und getragen von Experten. Auf die Corona-Krise lässt sich dies vor allem übertragen im Sinne von Entscheidungen über die richtige Technik der Seuchenbekämpfung.

Diese Art der Reaktion auf Krisen ist nicht unbekannt oder außergewöhnlich. Die Kehrseite der fortgesetzten nachrichtendienstlichen und militärischen Operationen im ‚Krieg gegen den Terror‘ flackert in der wiederkehrenden Bedrohung der Gesellschaften durch terroristische Gewaltakte auf. Auf die schwersten dieser Krisen wurde regelmäßig mit der Implementierung oder Verschärfung von Sicherheitsgesetzen geantwortet, die außerdem mit dem Verweis auf den Zweck des Schutzes vor der Gewalt terroristischer Gruppierungen sowie dem Aufrufen einer entsprechenden Sprache der Feindschaft bzw. entsprechender Feindbilder umso leichter zu legitimieren waren. Der ‚Krieg gegen den Terror‘ bedeutet für die Staaten der westlichen Welt die im Einzelnen durchaus von Ereignissen und spezifischen Anlässen abhängige, jedoch mit Blick auf den gesamten Zeitraum

6 Allerdings unter Vorbehalt: Ein erneuter Anstieg der Infektionen mag zu einer erneuten Umkehr zu restriktiveren Maßnahmen bewegen.

schleichende, inkrementelle Implementierung repressiver Politiken. Als ein besonders gelagerter Fall kommt in Frankreich seit 2015 der stetige Einsatz von Militär im Inland und dessen damit permanent gewordene Präsenz im öffentlichen Raum hinzu.

Darüber hinaus transportiert die Kriegsmetaphorik die Erwartung wie auch die Vorbereitung auf schwierige Lebensumstände, Verzicht und Verlust. Dies bezieht menschliche Verluste mit ein – die der Metapher gemäß erwartbaren, vertretbaren und notwendigerweise aufzubringenden Opfer eines Krieges. Mit Blick auf die sich entwickelnde Corona-Pandemie des Frühjahrs 2020 kann dieser Aspekt zunächst als Hinweis auf die ‚Verluste‘ gelesen werden, die aufgrund überlasteter medizinischer Versorgungswesen zu erwarten gewesen wären. Die brisanten Ereignisse in Norditalien zeigten gleichzeitig auf, wie sehr derartige Todesfälle im Bereich des Möglichen lagen. Entsprechend schnell hielt die Problematik der ursprünglich aus der Militärmedizin herrührenden Triage-Verfahren zur Zuteilung von Behandlungskapazitäten Einzug in die Diskussionen. Im weiteren Verlauf müssen mit dem Begriff des Opfers allerdings auch abstraktere Versuche der Abwägung verknüpft werden, wie beispielsweise jene zwischen besserem Schutz vor der Seuche und ökonomischen Belastungen oder zwischen älteren und jüngeren Personen (abseits von Einzelfallentscheidungen). Die Corona-Krise ließ sehr bestimmte und oft fragwürdige Ansichten darüber gewahr werden, wer sterben musste bzw. geopfert werden durfte, um die Überlebenschancen eines ‚besseren‘ oder ‚wertvolleren‘ Teils zu sichern.

Wenn die Regierungen in ihren Ansprachen des Weiteren den gesamten *demos* adressierten, so ist die Verwendung der Kriegsmetapher außerdem als Anrufung der (Schicksals-)Gemeinschaft der Nation zu verstehen – mit allen diesbezüglichen Problemen von Marginalisierungen und Exklusionen. Die Ausrufung des ‚Krieges‘ ist verbunden mit der Mobilisierung der nationalstaatlich eingefassten Gesellschaft, die zur ‚Bekämpfung‘ der Corona-Pandemie aktiviert werden soll. Schlussendlich bedeutet dies im Rahmen dieses Bildes jedoch vornehmlich eine Zuweisung von Plätzen und Aufgaben. Im Sinne einer regelrechten Befehlskette richtet die Obrigkeit ihre Erwartungen von Gehorsam und Pflichterfüllung an die Regierten.

Die Eingliederung des vermeintlich gesamten ‚Volks‘ in eine vorgeblich wie an einem Strang ziehende Nation weist zusammen mit der technokratischen Entscheidungsfindung, die bedingt ist durch die Sachzwänge und Notwendigkeiten der Pandemie, auf die Achse hin, entlang derer das Mittel der Kriegsmetaphorik wirkt: Es kann nicht nur den Ernst der Lage ausdrücken, sondern läuft *in extremo* auch darauf hinaus, die Tätigkeit der Regierungen gegen Dissens zu immunisieren. Diese Wirkung hat sich nun

nicht voll entfaltet, vielleicht auch weil die Deutung der Corona-Krise als Krieg selbst von Anfang an durch Kritik herausgefordert wurde. Die getroffenen Maßnahmen und Regulierungen bleiben Gegenstand von Debatten und Kritik, während die Einschränkungen von Grundrechten nur (so hat es zumindest zu diesem Zeitpunkt den Anschein) temporären Charakter haben. Längerfristige Entwicklungen sind aktuell allerdings schwerlich abzusehen. Wird die Corona-Krise zu einem Dauerzustand wie der ‚Krieg gegen den Terror‘? Wird die Seuchenbekämpfung wie die Terrorismusbekämpfung zu einem Faktor, der dauerhaft (vermeintliche) Sachzwänge produziert und so genutzt werden kann, um den Spielraum demokratischer politischer Entscheidungen zu beschränken bzw. Gegenstände daraus zu entrücken? Die repressiven Politiken des ‚Kriegs gegen den Terror‘ sind wohl permanent etabliert und unter dem ständigen Verweis auf Sicherheit als Notwendigkeiten fixiert. Diese Art der Politik eigentlich demokratischer Staaten trägt jedoch dazu bei, die Beziehungen von Regierungen und Regierungsapparaten zu Regierten nachhaltig in Richtung eines stärker autoritären Verhältnisses zu verschieben.

Solchen Ideen einer Herangehensweise an die Corona-Krise seitens der Regierungen leistet die Verwendung der Kriegsmetaphorik Vorschub. Zwar bietet sich ihre Verwendung aufgrund der engen Verquickung mit der Geschichte der Epidemiologie sowie einer einfachen alltagssprachlichen Anschlussfähigkeit an. Auch stellt sie ein starkes rhetorisches Mittel dar, das einerseits die Krise signalisiert und andererseits Ressourcen zur Legitimation entsprechender Maßnahmen bereitstellt. Jedoch handelt es sich mit Blick auf die Gegebenheiten und Erfordernisse der epidemiologischen Einhegung der Corona-Pandemie schlicht um ein unzutreffendes Bild. Wird an ihm festgehalten, besteht zumindest immer die Gefahr, dass Infizierte als Feinde angesehen werden. Das zeitigt nicht nur Auswirkungen auf den sprachlichen, sondern sogar auch auf den praktischen Umgang mit der Krise – mit besonderem Risiko für die ohnehin bereits Unterdrückten und Ausgeschlossenen. Da die Idee des ‚Kriegs gegen den Terror‘ im Bedeutungshorizont der Kriegsmetaphern mitschwingt, sich eine teilweise Überschneidung einiger Denk- und Verfahrensweisen von Terrorismusbekämpfung und Seuchenbekämpfung feststellen lässt und darüber hinaus die Kriegsmetaphorik an sich letztlich auf ein Ausschalten von Dissens zielt, illustriert die Kriegsmetaphorik die Politiken in der Corona-Krise auf eine Weise, die höchste Aufmerksamkeit gebietet. Der Gebrauch wie die Bezugspunkte der Kriegsmetapher sind es allemal wert, diesseits des Horizonts demokratischer Kontestation gehalten zu werden.

Literaturverzeichnis

- Bensimon, Cyril et al. 2020. Le chef d'AQMI, Abdelmalek Droukdel, tué par l'armée française au Mali. *Le Monde*. https://www.lemonde.fr/international/article/2020/06/06/que-faisait-abdelmalek-droukdel-l-emir-d-al-qaida-tue-au-mali-par-la-france-dans-le-massif-de-l-adrar-des-ifoghas_6041975_3210.html.
- Brand, Katrin. 2020. *Corona in den USA: Trump sieht sich im Virus-Krieg*. <https://www.tagesschau.de/ausland/trump-coronavirus-109.html>.
- Bundesregierung. 2020. *Ansprache der Kanzlerin*. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/ansprache-der-kanzlerin-1732108>.
- Dinges, Martin. 2004. Bedrohliche Fremdkörper in der Medizingeschichte. In: Ruth Mayer/Brigitte Weingart (Hrsg.), *VIRUS! Mutationen einer Metapher*. Bielefeld: transcript, 79-95.
- Gradmann, Christoph. 2007. Unsichtbare Feinde. Bakteriologie und politische Sprache im deutschen Kaiserreich. In: Philipp Sarasin et al. (Hrsg.), *Bakteriologie und Moderne. Studien zur Biopolitik des Unsichtbaren 1870-1920*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 327-353.
- Mendelsohn, J. Andrew. 2007. Von der ‚Ausrottung‘ zum Gleichgewicht: Wie Epidemien nach dem Ersten Weltkrieg komplex wurden. In: Philipp Sarasin et al. (Hrsg.), *Bakteriologie und Moderne. Studien zur Biopolitik des Unsichtbaren 1870-1920*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 239-284.
- Rawlinson, Kevin. 2020. ‚This enemy can be deadly‘: Boris Johnson invokes wartime language. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/world/2020/mar/17/enemy-deadly-boris-johnson-invokes-wartime-language-coronavirus>.
- Sandberg, Britta. 2020a. Ausgehssperre in Frankreich. ‚Wir sind im Krieg‘. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/coronavirus-in-frankreich-wir-sind-im-krieg-a-50b0dce2-6f7e-4cba-bda1-87fe05bfc7ca>.
- Sandberg, Britta. 2020b. Lockdown in Frankreich verlängert. Die neue Demut des Emmanuel Macron. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/emmanuel-macrons-rede-zur-corona-krise-in-frankreich-wir-werden-uns-neu-erfinden-muessen-ich-als-allererster-a-310c58e3-34d7-457f-8f15-7ffea2e8c874>.
- Sarasin, Philipp. 2009. Smallpox Liberalism. Michel Foucault und die Infektion. In: Claus Pias (Hrsg.), *Abwehr. Modelle – Strategien – Medien*. Bielefeld: transcript, 27-37.
- Verseck, Keno. 2020. Stigmatisierende Sondermaßnahmen gegen Roma. Der kollektive Virus-Verdacht. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/coronavirus-wie-die-slowakei-und-andere-laender-roma-in-der-krise-diskriminieren-a-36ebde60-8421-4856-bb27-a22b784c244f>.